

Elite stellt die Eigenständigkeit in Frage

Für viele Entscheidungsträger muss das Bundesland Bremen nicht unbedingt selbstständig bleiben

Von unserem Redakteur
Jürgen Hinrichs

BREMEN. Soll das Bundesland Bremen auf Biegen und Brechen selbstständig bleiben? Nicht unbedingt, lautet die überraschende Antwort vieler Teilnehmer an der Zukunftswerkstatt im Rathaus. Sie regen an, doch mindestens mal darüber nachzudenken, was es bringen könnte, wenn Bremen in einem anderen Land aufginge. Das ist eines der Ergebnisse des zweitägigen Treffens von 120 Vertretern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft.

Als die Veranstalter drei Modelle zur Auswahl stellten, löste Bremen als Stadtstaat die meisten Kontroversen aus. Das Thema weckt Emotionen, mit einem Tabu belegt ist es aber offenkundig nicht mehr. Ein Bremen, das aufgeht in der Metropolregion Nordwest – warum nicht, meinte ein großer Teil der Teilnehmer. Auch ein Nordstaat zusammen mit Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern ist für die Elite im kleinsten Bundesland kein Schreckgespenst mehr.

Die große Runde im Oberen Rathausaal war am Donnerstag und Freitag prominent besetzt: Wilfried Müller, Rektor der Universität, und sein Kollege Joachim Treusch von der Jacobs University Bremen, Patrick Wendisch von der Handelskammer und Hans-Ludwig Endl von der Arbeitnehmerkammer; Wiebke Arndt (Überseemuseum) und Barbara Lison (Stadtbibliothek) aus der Kultur, die Frauenbeauftragte Ulrike Hauffe, Medien, Werbeagenturen, BSAG, Stahlwerke, Architektenkammer – sie alle sorgten für eine bunte Mischung von Ideen, die zusammengefasst ein Stimmungsbild abgeben, das in die Politik eingespeist werden soll. Senatoren und Abgeordnete waren bewusst nicht eingeladen worden. „Es sollte nicht die üblichen Verdächtigen diskutieren“, erklärte Peter Kruse vom Veranstalter „nextpractice“.

Was muss Bremen tun, um auf die Erfolgspur einzuzubiegen? Ganz oben auf der Liste stehen bei den Teilnehmern Vorschläge wie Entbürokratisierung bis hin zur Abschaffung des Berufsbeamtentums und die Verbesserung der überregionalen Verkehrsverbindungen. Geradezu einmütig die Forderung, für Kinder unter drei Jahren eine flächendeckende Betreuung aufzubauen. Auf



Die gute Stube von Bremen. Hier liegt mit Rathaus und Bürgerschaft das Machtzentrum des kleinsten Bundeslandes. Ob Bremen weiter selbstständig bleibt, ist für viele Entscheidungsträger nicht mehr so wichtig.
FOTO: MONIKA KLEMM

viel Zuspruch stieß auch der Wunsch, den Einfluss der Gewerkschaften einzudämmen.

Das politische Personal in Bremen bekommt von den klugen Köpfen, die sich während der Ideenbörse per Computer zu einem Kollektiv zusammengeschlossen hatten, mitelmäßige bis schlechte Noten. So wie bei den Universitäten müsse es auch in der Politik eine Exzellenzinitiative geben. Ein Teilnehmer sagte es so: „Ungebildete Politiker

gehören nicht ins Amt.“ Andere forderten, Politiker für ihre Fehlentscheidungen persönlich haftbar zu machen.

Nicht alle Beiträge werden bierernst gemeint gewesen sein. Bremerhaven gegen Dudenhof einzutauschen, weil die Einkaufsstadt mehr Wertschöpfung verspricht und weniger soziale Probleme, kann allenfalls provozieren. Dass Bremen vollends unabhängig werden und als Direktmitglied der Europäischen Union beitreten sollte, muss

wohl ebenfalls der Scherzabteilung zugeschrieben werden.

Aus dem hohlen Bauch kamen die ernst gemeinten Ideen nicht. 350 Menschen, darunter hauptsächlich Entscheidungsträger, sind vor dem Treffen eingehend nach ihren Zukunftsvorstellungen für Bremen befragt worden. Dieser Prozess wird fortgeführt und könnte am Ende dem neuen Senat eine Handlungsvorlage geben. Ob er sich daran orientiert, ist eine andere Frage.